

Das Subjekt in der Krise: Erschöpfung, Resilienz, Widerstand

Zum Wandel von Subjektkonzepten unter aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen

VON STEFANIE GRAEFE

Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 mehren sich Diagnosen, die als herausragendes Merkmal der Gegenwartsgesellschaft ihre Krisenformigkeit beschreiben. So ist nicht nur vermehrt von ökonomischen und ökologischen Krisen, sondern auch von einer »Reproduktionskrise« (JÜRGENS 2010) oder gleich von einer »Vielfachkrise« (DEMIROVIĆ ET AL. 2011) die Rede, womit nicht weniger als ökonomische und ökologische Krisen plus Krisen der »Ernährung, des Klimas oder der Demokratie, zwischen den Geschlechtern und Generationen, im Verhältnis zum eigenen Selbst und zu anderen« gemeint sind (S. 7). Der vorliegende Beitrag interessiert sich insbesondere für den letztgenannten Aspekt – die Krise im Verhältnis zum eigenen Selbst und zu anderen – oder kürzer: für die Krise des Subjekts.

Wiederkehrender Bezugspunkt subjektbezogener Krisendiagnosen ist das inzwischen schon sprichwörtlich gewordene »erschöpfte Selbst« (EHRENBERG 2004). Alarmierende Berichte über zunehmende psychische Fehlbelastungen durch Stress, namentlich Burnout und Depression, haben Konjunktur – und folgerichtig expandiert auch die Bewältigungskultur. Wir sollen nicht nur weniger arbeiten und uns mehr bewegen, am Wochenende das Handy ausschalten und uns gesund ernähren, sondern auch unsere Beziehungen pflegen, Sinn finden in dem, was wir tun, und unseren Dankbarkeitsmuskel (1) trainieren. Offen bleibt allerdings, ob solche Ratschläge bei Belastungen, die aus 60-Stunden-Wochen, prekären Arbeitsverhältnissen oder konkurrenzfixierten Unternehmenskulturen resultieren, tatsächlich helfen können. Darüber hinaus stellt sich die Frage, welche Subjektideale solchen Bewältigungsangeboten eingeschrieben sind. Krisendiagnosen und Bewältigungskulturen jedenfalls bedingen einander – und beide zusammen genommen können Auskunft geben über die Lage des Subjekts in der Gegenwart.



Stefanie Graefe

Das Subjekt aus soziologischer Sicht

Aber wer oder was ist das eigentlich, das Subjekt? So viel ist sicher: eine ziemlich widersprüchliche Angelegenheit. Denn im Begriff Subjekt stecken zwei sehr unterschiedliche Bedeutungsdimensionen: Im Gegensatz zum Objekt ist ein Subjekt einerseits handlungsfähig und sich seiner selbst bewusst. Der lateinische Wortstamm, »subiectus«, verweist andererseits zugleich darauf, dass Subjekte »Unterworfen« sind. Das heißt nichts anderes, als dass wir in gesellschaftlichen Kontexten leben, die unser Dasein und unser Selbstverständnis, unsere Gefühle und unsere Einstellungen formen. Sprache, Geld, Wahlrecht, Schulpflicht, Zugfahrpläne, aber auch Handlungsideale, ethische Normen, kollektive Sehnsüchte und Ängste sind weder von uns individuell geschaffen worden, noch können wir sie einfach abstellen oder ignorieren. Nicht nur die Gesellschaft als Ganzes, auch die Mikroebene der Subjektivität ist somit nicht einfach vorhanden, sondern hat notwendig eine spezifische, geschichtlich gewordene Gestalt. Unterworfenheit und Handlungs-

fähigkeit sind zudem nur scheinbare Gegensätze, weil das Eingebundensein in soziale und gesellschaftliche Bedingungen subjektive Handlungsfähigkeit nicht nur beschränkt, sondern zugleich ermöglicht: Ein von allen (das heißt konkreten wie abstrakten) sozialen Beziehungen losgelöstes Menschenwesen wäre kaum überlebensfähig.

Kürzer und schöner hat diese Erkenntnis bereits 1852 Karl Marx auf den Punkt gebracht: »Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen« (MARX U. ENGELS 1972, S. 116). Noch kürzer formulierte der französische Philosoph Michel Foucault 130 Jahre später denselben Gedanken in Form einer Frage: »Wer sind wir in diesem präzisen Moment der Geschichte?« (FOUCAULT 1994, S. 250). Angesichts der aktuellen Krisendiagnosen und Bewältigungsangebote lässt sich diese Frage für den vorliegenden Beitrag übernehmen und zugleich präzisieren: Worin genau besteht die Krise des Subjekts in der Gegenwart, was sind ihre Ursachen und wie sehen Lösungsmöglichkeiten aus?

Blick zurück nach vorn I: Globalisierung und Künstlerkritik

Was »wir« heute sind, lässt sich ohne Rückblick auf die jüngere Geschichte kaum begreifen. Analog zur Allgemeschichte lässt sich auch die Geschichte des Subjekts, und das heißt: die Geschichte der jeweils vorherrschenden Leitbilder eines guten Lebens – samt der zugehörigen Alltagspraktiken, Selbstverhältnisse und typischen Problemlagen – als Epochenabfolge erzählen, auch wenn eine solche Einteilung natürlich immer etwas künstlich und sowieso nur retrospektiv möglich ist. Als bedeutsamer Epochenübergang gilt im Rückblick recht zweifelsfrei das Jahrzehnt, das auf den kulturellen Aufbruch der späten 1960er Jahre folgte.

Foto: DGSP

So zeigen Ölpreiskrisen und steigende Arbeitslosigkeit in den 1970er Jahren an, dass der Nachkriegstraum vom andauernden Wirtschaftswunder offenkundig ausgeträumt war. Was wir heute Globalisierung nennen, nahm hier seinen Anfang: die Suche nach neuen, grenzüberschreitenden Anlage- und Absatzmöglichkeiten seitens großer und kleiner Unternehmen, die digitale Revolution, die schrittweise Aufkündigung der Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften sowie, last not least, die kontinuierliche Absenkung der Einkommen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugunsten der Expansion des Finanzkapitals.

Parallel, und zunächst völlig unabhängig von den ökonomischen Prozessen, etablierten sich neue soziale Bewegungen. Ob neue Frauenbewegung, selbstverwaltete Kinderläden, Umweltbewegung, Antipsychiatrie oder Hausbesetzungen: Ein gemeinsamer Nenner dieser Strömungen lag darin, dass die Aktivistinnen und Aktivisten *sich selbst* – als Frauen, als Studierende, als Stadtbewohner, als Patientinnen – zum Subjekt von Politik erklärten und die Deutungshoheit von Staat, Medizin oder Universität über das eigene Leben, Handeln und Denken zurückwiesen. Die sogenannten 68er und folgende wandten sich somit nicht nur gegen den akademischen Muff unter den Talaren, sondern immer auch gegen die Vorstellung, dass das gute Leben eines ist, das gesellschaftlichen Ansprüchen auf Disziplin, Normalität und Konformität genügt; »angepasst« zu sein geriet folgerichtig zu einem Schimpfwort. Michel Foucault, selbst politischer Aktivist und Kritiker der orthodoxen marxistischen Linken, spricht Anfang der 1980er Jahre emphatisch von neuen »Kämpfen um Subjektivität«, die sich seiner Meinung nach von Kämpfen gegen Herrschaft oder Ausbeutung kategorial unterscheiden. Und wohl wenig bringt das Begehren nach Autonomie, Identität und Nonkonformität so anschaulich auf den Punkt wie die einschlägigen Bestsellertitel der damaligen Frauenbewegung: Ob »Die Scham ist vorbei« (1976) von ANJA MEULENBELT oder »Häutungen« (1975) von VERENA STEFAN: Es sind nicht zufällig autobiografi-

sche Texte, und es geht um den Anspruch, sich selbst zu entdecken und das je eigene Leben zu leben.

Im Rückblick erweist sich dieser Anspruch allerdings als überaus zweischneidiges Schwert. In ihrem Buch »Der neue Geist des Kapitalismus« (2003) untersucht das französische Soziologenduo LUC BOLTANSKI und EVE CHIAPELLO die historischen Konjunkturen von Gesellschaftskritik. Was stört die Leute an der Gesellschaft, in der sie leben, und in welche Richtung wollen sie sie verändern? Die beiden Autoren unterscheiden zwei für moderne Gesellschaften grundlegende Formen der Kritik: erstens die *Sozialkritik*, die auf Verteilungsgerechtigkeit, soziale Gleichheit und Sicherheit zielt. Sie stammt aus dem 19. Jahrhundert und stellt die argumentative Basis für Arbeiterbewegungen, Gewerkschaften und Sozialdemokratie dar. Zweitens die *Künstlerkritik*, deren Spuren bis in die Romantik zurückreichen. Ihr geht es weniger um Gerechtigkeit oder Gleichheit als um Authentizität und Individualität. Die 1970er Jahre sind für die Beziehung von Sozial- und Künstlerkritik nun insofern bedeutsam, als es in eben diesem Zeitraum, so jedenfalls die Diagnose von BOLTANSKI und CHIAPELLO, zu einem Rückgang der Sozialkritik zugunsten einer Neuauflage der Künstlerkritik kommt: Immer mehr Menschen wollen immer mehr Autonomie. Sie wollen sich selbst verwirklichen und wehren sich gegen das zu enge moralische Korsett der angeblichen Normalbiografie. Sozial- (und das heißt vor allem:) Verteilungskritik verliert demgegenüber systematisch an Bedeutung, sie erscheint geradezu ein wenig altmodisch. Folgerichtig leiden Gewerkschaften zunehmend – und dies im Großen und Ganzen bis heute – an Mitgliederschwund und Bedeutungsverlust.

Blick zurück nach vorn II: Neoliberalismus und die Ökonomisierung des Sozialen

Parallel beginnt der Siegeszug des Neoliberalismus als politisches Programm, der sich in den entsprechenden Regierungswechseln abbildet: Thatcher (1979), Reagan (1981), Kohl (1982). Nicht vergessen werden sollte bei dieser Aufzählung al-

lerdings, dass das erste tatsächlich neoliberale Wirtschaftsprogramm (Privatisierungen, Steuersenkungen, Schwächung von Gewerkschaften, Deregulierung des Finanzsektors, Umverteilung von unten nach oben) im Chile Pinochets – und damit in einer der brutalsten Militärdiktaturen des 20. Jahrhunderts – erfolgreich durch- und umgesetzt wurde. Hoffähig wird mit dem Siegeszug des Neoliberalismus nicht zufällig auch ein radikaler Anti-Sozialismus, den wohl niemand so präzise auf den Begriff gebracht hat wie weiland Margaret Thatcher mit ihrer berühmten Feststellung: »Es gibt keine Gesellschaft, sondern nur Individuen und Familien.« Bemerkenswert ist auch der diesem Zitat folgende Satz, in dem Thatcher betont: Wer Ansprüche an den Staat stelle, müsse erstmal seinen Verpflichtungen (»obligations«) der Gesellschaft gegenüber nachkommen. Im Sinne der nichtexistierenden Gesellschaft sollen wir also dafür sorgen, ihr nicht zur Last zu fallen.

Die Tragik der Gleichzeitigkeit von antiautoritärer Revolte und Neoliberalismus liegt rückblickend nicht nur darin, dass sie die Artikulation einer wirksamen Kritik des Neoliberalismus verhinderte. Schlimmer noch, haben sich beide Prozesse, wiewohl jeweils gänzlich unterschiedlicher ideologischer Herkunft, aufs Trefflichste wechselseitig verstärkt: Den Ruf nach mehr Autonomie, der sich seit den 1970er Jahren auf vielfältige Weise Gehör verschaffte, greift neoliberale Gesellschaftspolitik nur allzu bereitwillig auf – etwa in Form der Maxime eigenverantwortlicher Lebensführung, die Sozialstaat und Unternehmen emphatisch propagieren. Eigenverantwortung ist freilich nicht dasselbe wie Autonomie. Geht es Letzterer im Wortsinn um Selbstermächtigung, um das Recht also, die Spielregeln des eigenen Lebens mitzubestimmen (und damit im Kern um Demokratie), geht es Ersterer vor allem darum, sozialstaatliche Kostensenkung durch Rücknahme von sozialen Sicherungsgarantien zu legitimieren; und darum, die Profitabilität von Beschäftigten durch komplexe Anreiz- und Sanktionssysteme zu steigern. Auf diese Weise schlägt der einst so widerständig gemeinte Ruf nach

Autonomie seit Beginn der 1990er Jahre in die gesellschaftliche Auf- und Anforderung um, die eigene Selbstvermarktung, bei Strafe des sozialen Abstiegs oder Ausschlusses, lebenslang voranzutreiben. Flache Hierarchien, flexible Arbeitszeiten, Benchmarks oder Zielvorgaben erweisen sich dabei oftmals als wesentlich effektivere Kontrollsysteme als hierarchische Strukturen und autoritäre Befehlssysteme. Wo das Prinzip »mehr Druck durch mehr Freiheit« (GLIßMANN U. PETERS 1994) vorherrscht, werden Beschäftigte zu Unternehmerinnen und Unternehmern ihrer eigenen Arbeitskraft; was auch bedeutet, dass sie, wie jedes andere kapitalistische Unternehmen, das Risiko des Scheiterns individuell (er-)tragen müssen. Leitbild von Staat, Unternehmen und Gesellschaft ist, summa summarum, nicht mehr der disziplinierte, regelkonforme Leistungsträger, sondern das Subjekt als »unternehmerisches Selbst« (BRÖCKLING 2007), das lebenslang an der Optimierung der eigenen Marktfähigkeit arbeitet.

Flankiert wird diese Entwicklung durch die systematische »Ökonomisierung des Sozialen«. Damit ist eine sehr spezifische Auffassung von Gesellschaft gemeint: Das Soziale – also Bildung, Gesundheit, Sozialversicherung, Sozialfürsorge – soll demzufolge nach den Regeln der Privatökonomie bzw. des Marktes verstanden und verwaltet werden. Die von der damaligen rot-grünen Bundesregierung verabschiedete sogenannte Hartz-Gesetzgebung ist dafür nur ein, allerdings sehr prägnantes, Fallbeispiel.

Auch für die Soziale Arbeit hat dieser Wandel grundlegende Auswirkungen. So werden durch die gezielte Einführung von Trägerkonkurrenz Quasi-Märkte geschaffen, auf denen Anbieter Sozialer Arbeit gegeneinander konkurrieren. Von der Trägervollfinanzierung wird auf personenbezogene Finanzierungsmodelle umgestellt, innerbetriebliche Arbeitsabläufe werden auch hier unter den Leitbegriffen »Zielvereinbarungen«, »Kundenorientierung« und »Qualitätssicherung« restrukturiert. Damit einher geht regelmäßig nicht nur die Flexibilisierung, sondern auch die zunehmende Prekarisierung Sozialer Arbeit, sprich:



Teilzeitbeschäftigung, Befristung, Niedriglöhne. Parallel werden die ehemaligen Klientinnen oder Patienten nunmehr als Kundinnen und Kunden adressiert, die dazu befähigt werden sollen, ihr Lebensschicksal selbstverantwortlich in die eigene Hand zu nehmen – und dabei möglichst wenig gesellschaftliche Ressourcen zu verbrauchen. Vor diesem Hintergrund werden Adressatinnen wie Akteure Sozialer Arbeit aufgefordert, sich als unternehmerisches Selbst zu verhalten – und der Spagat zwischen professionsethischer Parteilichkeit und ökonomischer Effizienz zu einem zentralen Zielkonflikt Sozialer Arbeit.

Unternehmerisches Selbst, erschöpftes Selbst

Vergleichbar dem kapitalistischen Gewinnimperativ ist das unternehmerische Selbst ein Wesen, das nie zur Ruhe kommt. Es führt »sein Leben als permanentes Assessment Center und weiß, dass es nicht reicht, Kompetenzen vorzuweisen, sondern [dass es] zugleich darauf ankommt, diese zugleich als authentischen Ausdruck der eigenen Persönlichkeit erscheinen zu lassen.« (BRÖCKLING 2007, S. 72). Ökonomisierung und Psychologisierung des Selbst gehen demnach Hand in Hand. Die Therapeutisierung des Sozialen (ANHORN U. BALZEREIT 2016) und die Durchsetzung der Psychologie als Leitwissenschaft bewirken nicht nur die stetige Zunahme und Ausdifferenzierung

psychologischer Diagnosen. Mehr und mehr erklären wir uns auch im Alltag die Welt und uns selbst in psychologischen Begriffen. Das Wissen um die Herkunft, Gestaltbarkeit und Wichtigkeit von Gefühlen ist nun aber überaus kompatibel mit dem unternehmerischen Selbst und dem darin eingelassenen Optimierungsimperativ: Wir können immer noch etwas mehr an uns selbst und unserer Individualität arbeiten und dadurch letztlich auch erfolgreicher werden. Nicht umsonst gilt »emotionale Kompetenz« als notwendige Grundausstattung für ein erfolgreiches Leben im flexiblen Kapitalismus.

Vor diesem Hintergrund erscheint das erschöpfte Selbst als eine Art Schatten des unternehmerischen Selbst. Alarmierende Zahlen über den Anstieg von psychischer Erschöpfung (namentlich Burnout und Depression) bestätigen diese Intuition, jedenfalls auf den ersten Blick. Und in der Tat: Dass die zunehmende Erschöpfung Ergebnis der skizzierten Veränderungen in der Arbeitswelt ist, ist offensichtlich. Wo die Verantwortung für das eigene Lebensschicksal und das – ebenso eingeforderte wie von den Arbeitenden selbst eingebrachte – Engagement im Beruf proportional zur Aufgabendichte, Erreichbarkeit, Networking und Zukunftsängsten ansteigt, steigt auch das Risiko der psychischen Erschöpfung. Und wer am eigenen Leib, etwa im Kontext Sozialer Arbeit, zugleich bedarfsorientiert/therapeutisch und betriebswirtschaftlich/kostensenkend professionell handeln



soll – das Ganze womöglich noch unter Bedingungen prekärer Beschäftigung – läuft fast zwangsläufig Gefahr, den Belastungen irgendwann nicht mehr standzuhalten.

Allerdings gibt es an der medial vielfach beschworenen Erschöpfungswelle auch begründete Zweifel. So werden bestimmte Diagnosen, wie etwa Burnout, überhaupt erst seit gut zehn Jahren gestellt; ihr drastischer Anstieg in den vergangenen Jahren ist also wenig verwunderlich. Zum anderen liegt sowohl aufseiten der Patientinnen und Patienten wie auf ärztlicher Seite eine – der Therapeutisierung des Sozialen geschuldete – Sensibilisierung für die psychischen Risiken des modernen (Arbeits-)Lebens vor, die zumindest einen Teil des Diagnoseanstiegs erklärt.

Nichtsdestotrotz ist die Erschöpfung mehr als nur ein Diskursprodukt. Ähnlich wie die Staublung zu Zeiten der sich entwickelnden Industriegesellschaft lässt sie sich vielmehr als zeittypisches Leiden begreifen, das die Grenzen der Produktivmachung dort markiert, wo der arbeitende Mensch am meisten beansprucht wird – und das ist im Falle der Erschöpfung nichts anders als die Subjektivität.

Insofern markiert die Erschöpfung in der Tat eine gewisse Grenze des unternehmerischen Selbst. Jedoch ist diese Grenze längst selbst Teil eines neuen Subjektregimes: So wird in jüngerer Zeit alltagsweltlich, medial und wissenschaftlich verstärkt die Verletzlichkeit von Individuum und Gesellschaft thematisiert. In medialen wie wissenschaftlichen Debatten spielen dabei besonders zwei Konzepte eine zunehmend wichtige Rolle: Trauma und Resilienz. Der israelische Rechtsphilosoph José Brunner hat die Geschichte und Karriere des Traumakonzeptes untersucht (BRUNNER 2014). Gegen Ende seines Buches spricht er davon, dass wir es seit Beginn des neuen Jahrtausends (genauer gesagt seit 9/11, einem tatsächlich traumatischen Datum) mit einem neuen Gesellschaftsvertrag zu tun haben, und dieser neue Gesellschaftsvertrag basiert seiner Auffassung nach auf dem Paradigma der Resilienz.

Resilienz oder Resistenz?

Der Begriff Resilienz stammt bereits aus dem 19. Jahrhundert und beschreibt zunächst die Fähigkeit eines Objekts, sich nach einer Deformation wieder in den alten Zustand zurückzubilden; später

dann die mentale Fähigkeit, sich von Stress schnell zu erholen. Resilienz ist sozusagen der spiegelbildliche Counterpart des Traumas; also das, was uns vor Verletzung und Traumatisierung schützt. Mit Resilienz verbunden ist folglich auch ein bestimmtes Subjektideal – und dies weicht in einigen entscheidenden Punkten vom unternehmerischen Selbst ab: Das resiliente Subjekt ist nicht bloß eigenverantwortlich und bereit zur Selbstoptimierung (wie etwa das unternehmerische Selbst). Es ist darüber hinaus und vor allem krisenfest, das heißt: es findet aus sich selbst heraus Lösungen, mit schwierigen oder sogar traumatischen Situationen so umzugehen, dass es handlungs- und überlebensfähig bleibt. Sein sprichwörtliches Sinnbild ist das Stehaufmännchen.

Seit den 1970er Jahren wird dieses psychologische Verständnis von Resilienz erst um ökologische und später auch um sicherheitspolitische Ansätze erweitert. Die Tatsache, dass Resilienz inzwischen in praktisch allen Disziplinen und Lebensbereichen als zeitgemäßes Paradigma der Problembewältigung verhandelt wird, deutet darauf hin, dass wir es hier tatsächlich mit einer Verschiebung gesellschaftlicher Leitbilder zu tun haben. Gemeinsam ist den unterschiedlichen Verwendungsweisen des Resilienzkonzeptes, dass sie die Frage nach den Ursachen von Krisen und Bedrohungen zurückstellen und die Frage der Krisenbewältigung zur eigentlichen Kernfrage erklären. Es geht nicht mehr darum, Belastungen zu reduzieren, sondern darum, Belastbarkeiten zu erhöhen. Resilienz gilt konsequenterweise längst nicht nur als Heilmittel für stressgefährdete Arbeitskraftunternehmer, sondern auch für Afghanistan-Soldaten, israelische Schulkinder oder Küstenbewohner in Bangladesch. (2)

Politik wird im Zeichen von Resilienz nicht mehr als Gestaltung einer (besseren) Zukunft, sondern als Hilfe zur vor allem psychologischen Bewältigung von im Prinzip unkalkulierbaren ökonomischen, ökologischen, sicherheitspolitischen oder eben auch sozialen Rahmenbedingungen verstanden. Diesem neuen Gesellschaftsvertrag zufolge erhält das Subjekt im

Tausch gegen seine soziale Anpassungs- und Leistungsbereitschaft also nicht mehr soziale Sicherheit und Partizipation, und es wird auch nicht bloß zu Aktivität und Eigenverantwortung aufgefordert. Vielmehr soll es trainieren, sich kompetent und flexibel an veränderliche Rahmenbedingungen anzupassen, die selbst nicht mehr Gegenstand von Veränderung sind. Hier vollzieht sich womöglich also ein ähnliches Muster wie in den 1970er Jahren: Das Begehren nach Autonomie wurde damals eingeholt und mündete in der Ökonomisierung des Sozialen und im unternehmerischen Selbst. Das gegenwärtige Begehren nach Begrenzung des Steigerungs- und Optimierungszwangs, nach Innehalten und Ressourcenschonung wird übersetzt in die Anforderung, an der eigenen Resilienz zu arbeiten.

Das Paradigma der Resilienz erscheint somit zwar auf den ersten Blick als Ausweg aus der gegenwärtigen Krise des Subjekts, als Heilmittel des erschöpften unternehmerischen Selbst. Zugleich aber schreibt es die Logik des unternehmerischen Selbst schärfer in das Subjekt ein, indem es die Arbeit an der eigenen Belastbarkeit zur einzig realistischen Handlungsperspektive erklärt. In dem Maße, in dem Gesellschaft nicht mehr als demokratisch gestaltbar erscheint, werden Ansprüche auf Partizipation und Teilhabe, auf Umverteilung von Reichtum und auf soziale Rechte auch derjenigen, die den Maximen des unternehmerischen Selbst nicht folgen können oder wollen, delegitimiert – und im Gegenzug gewinnen nationalistisch-rassistische Welterklärungsangebote an Attraktivität.

Wie aber könnte eine alternative Krisenbewältigung aussehen? Was es dafür aus meiner Sicht vor allem braucht – und insbesondere die Soziale Arbeit könnte hier eine wichtige Rolle spielen –, ist eine Wiederbelebung der *Sozialkritik*. Dabei müsste es sich freilich um eine Sozialkritik handeln, die uns als Subjekte mit unseren Autonomiebedürfnissen, unseren Selbstverwirklichungshoffnungen und unseren ethischen Ansprüchen an uns selbst und andere ernst nimmt. Und mehr denn je um eine, die bereit ist, den vorherrschenden Kapitalismus nicht nur als unvermeidliches Hintergrundrau-

schen der individuellen Lebensführung, sondern als gestalt- und veränderbare Größe zu begreifen; eine Kritik, die sich zugleich gegenüber allen nationalistisch-rassistischen Verkürzungen als resistent erweist. Die gegenwärtige Krise des Subjekts lässt sich, so das vorläufige Fazit, durch eine Verfeinerung von Therapeutisierung im Namen von Resilienz oder vergleichbaren Konzepten nicht heilen. Es braucht eine Erneuerung von Gesellschaftskritik, die der komplexen Gegenwartssituation Rechnung trägt. ■

Stefanie Graefe, PD Dr., Diplom-Soziologin; Institut für Soziologie, Friedrich-Schiller-Universität Jena.
E-Mail: stefanie.graefe@uni-jena.de

Anmerkungen

- 1 <http://compassioner.com/allgemein/neuestudie-trainiere-deinen-dankbarkeitsmuskel/>, abgerufen am 6. Januar 2017
- 2 Vgl. das Dossier von medico international: <https://www.medico.de/resilienz/>, abgerufen am 6. Januar 2017

Literatur

- ANHORN, ROLAND; BALZEREIT, MARCUS (Hrsg.) (2016) Handbuch Therapeutisierung und Soziale Arbeit. Wiesbaden: Springer VS
- BOLTANSKI, LUC; CHIAPELLO, EVE (2003) Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz: UVK
- BRÖCKLING, ULRICH (2007) Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt/M.: Suhrkamp
- BRUNNER, JOSÉ (2014) Die Politik des Traumas. Gewalt, Gesellschaft und psychisches Leid. Berlin: Suhrkamp
- DEMIROVIĆ, ALEX; DÜCK, JULIA; BECKER, FLORIAN; BADER, PAULINE (2011) VielfachKrise im finanzdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA
- EHRENBURG, ALAIN (2004) Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart. Frankfurt/M.: Campus
- FOUCAULT, MICHEL (1994) Warum ich Macht untersuche: Die Frage des Subjekts. In: DREYFUS, HUBERT L.; RABINOW, PAUL (Hg.) Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik. Weinheim: Beltz Athenäum, S. 243–250
- GLIßMANN, WILFRIED; PETERS, KLAUS (2001) Mehr Druck durch mehr Freiheit. Die neue Autonomie in der Arbeit und ihre paradoxen Folgen. Hamburg: VSA
- JÜRGENS, KERSTIN (2010) Deutschland in der Reproduktionskrise. In: Leviathan 38, S. 559–587
- MARX, KARL; ENGELS, FRIEDRICH (1972) Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, Werke, Bd. 8. Berlin/DDR: Dietz Verlag, S. 115–123

NEU bei Paranus



Irimi Aliwanoglou,
Rüdiger Waßmuth (Hg.)

Hier bin ich für mich und zusammen mit anderen

Neue Wohn-, Pflege- und
Betreuungsmöglichkeiten

*Wir werden immer älter, mit und
ohne Behinderung.*

*Ob jung oder alt – ins Heim will
niemand!*

Und: Inklusion ist für uns alle.

Wie kann man diesen drei Herausforderungen in Zukunft noch besser gerecht werden? Dieses Buch zeigt – aus den individuellen Perspektiven der Beteiligten – neue Wege auf, wie Menschen mit und ohne Behinderung oder Pflege- und Betreuungsbedarf, wie jung und alt zusammen in Hausgemeinschaften und Quartiersprojekten leben und wohnen können. Konkret geht es um innovative Antworten auf die Fragen, die uns der demografische Wandel immer drängender stellt, und gleichzeitig um die kritische Reflexion der bereits gemachten Erfahrungen.



ISBN 978-3-940636-38-6 · 19,95€ · 208 Seiten
Das Buch ist erschienen und zu bestellen beim **Paranus Verlag**
Postfach 1264 · 24502 Neumünster
Telefon (043 21) 2004-500 · Fax 2004-411
www.paranus.de · verlag@paranus.de